

Akzeptanz - Konzeptionelle und methodische Annäherungen an einen schwierigen Begriff

Georg Kneer

UFZ, Abteilung Ökologische Ökonomie und Umweltsoziologie

1 Einleitung

Meinem Beitrag zum Akzeptanzbegriff stelle ich, zum besseren Verständnis des Folgenden, drei Vorbemerkungen voran. *Erstes*: Die weiteren Ausführungen sind nicht das Ergebnis eines abgeschlossenen empirischen Projekts zu Fragen des Flusseinzugsgebietsmanagements, sondern zunächst einmal genereller Natur. Sie zielen darauf ab, konzeptionelle und methodische Fragen, die sich im Zusammenhang mit einer empirischen Untersuchung im genannten Forschungsfeld ergeben, einer systematischen begrifflichen Klärung zuzuführen. Insofern erfordert die weitere Forschungsarbeit eine genauere Zuschneidung der Akzeptanzthematik auf das Thema der Landnutzung in Flusseinzugsgebieten.

Zweitens: Die weiteren Ausführungen sind aus einer fachsoziologischen Perspektive formuliert. Damit verkenne ich nicht, daß das Forschungsfeld *Flusseinzugsgebietsmanagement und Sozioökonomie* von vornherein eine interdisziplinäre Herangehensweise verlangt. Interdisziplinäre Forschung erfordert als Vorbedingung jedoch die Explikation und Weiterentwicklung disziplinspezifischer Kenntnisse; gute interdisziplinäre Forschung setzt allemal disziplinäre Forschung notwendig voraus. Oder anders formuliert: Man kann nicht in interdisziplinäre Forschung einsteigen, wenn nicht zuvor die disziplinen-eigenen Hausaufgaben erledigt worden sind. Ferner verkenne ich nicht, daß die Akzeptanzforschung nicht nur der Soziologie, sondern daneben zahlreichen weiteren Wissenschaftsdisziplinen wichtige Anregungen verdankt. Zu denken ist etwa an die Ökonomie, aber auch an die Politikwissenschaften, an die Pädagogik oder die Jurisprudenz. Der im Weiteren vorgenommene fachsoziologische Zugriff auf die Akzeptanzthematik leugnet nicht die Erkenntnisse benachbarter Disziplinen, sondern begreift die Konzentration auf disziplinen-eigene Erkenntnisse zugleich als Angebot an andere Disziplinen, über Fragen der Akzeptanz, der Akzeptanzverweigerung und des Akzeptanzmanagements miteinander ins Gespräch zu kommen.

Drittens: Meine letzte Vorbemerkung betrifft die im Weiteren praktizierte Vorgehensweise einer Explikation des Akzeptanzbegriffs aus einer soziologischen Perspektive. Wer mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit Sachverhalte beobachten und beschreiben will, muß (möglichst exakte) Begriffe definieren. Begriffe bzw. Bezeichnungen basieren auf *Unterscheidungen*. Es gibt kein unterscheidungsfreies Bezeichnen; wenn man etwas bezeichnen oder auf den Begriff bringen will, muß man es zugleich von etwas anderem unterscheiden. In alltagsweltlichen Situationen helfen wir uns meist mit der Verwendung der Unterscheidung zwischen dem zu Bezeichnendem und Allem-anderen-auf-der-Welt. Eine Bezeichnung gewinnt an Genauigkeit, wenn auch die andere Seite der Unterscheidung bezeichnet wird, wenn also angegeben wird, von was das Bezeichnete eindeutig unterschieden wird. An dieser Stelle

dürfte es nicht erforderlich sein, die epistemologischen Konsequenzen einer differenztheoretischen Beobachtungs- und Bedeutungstheorie im einzelnen zu entfalten (vgl. hierzu Luhmann 1990). Für alles Weitere genügt es, das Gesagte mit einem kurzen Beispiel zu erläutern. Was mit dem Terminus „Mann“ gemeint ist, scheint sich vom Wort her selbst zu ergeben und keiner näheren Erläuterung zu bedürfen. Sieht man genauer hin, kann man sehen, daß der Begriff durchaus unterschiedliche Bedeutungen enthält. Je nachdem, wie der Begriff unterschieden wird, ergeben sich unterschiedliche Verwendungsweisen. Der Satz „Manfred ist ein Mann, Petra eine Frau“ verwendet das Wort offensichtlich in einer anderen Weise als der Satz „Hermann ist ein Mann, Gerd dagegen ist ein Softie“. In der ersten Aussage wird das Wort Mann zur Bezeichnung des Geschlechts, in der zweiten Aussage zur Beschreibung bestimmter - als männlich titulierter - Eigenschaften herangezogen. Das Beispiel soll illustrieren, daß die exakte Wortbedeutung von der verwendeten Begriffsunterscheidung abhängig ist. Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß wissenschaftliche Definitionen, die auf Exaktheit angewiesen sind, auf die Angabe der verwendeten Unterscheidung nicht verzichten können. Aus diesem Grunde werde ich mich im folgenden einer Explikation des Akzeptanzbegriffs mittels der Entfaltung von drei Unterscheidungen nähern. Damit ist, wie auch der gewählte Titel dieses Beitrags ausdrücken soll, nur ein erster Zugang zum Akzeptanzbegriff eröffnet. Eine detailliertere Begriffsexplikation hätte weitere Unterscheidungen zu berücksichtigen, müßte zusätzliche Differenzierungen vornehmen. Insofern verstehe ich die folgenden Ausführungen als einen kurzen Werkstattbericht, der keine fertigen Ergebnisse referiert, sondern einen *work in progress* referiert.

2 Kommunikativer versus psychischer Akzeptanzbegriff

Von soziologischer Akzeptanzforschung ist seit den 1970er Jahren die Rede. Mit Blick auf die Konstitution dieser neuen Forschungsrichtung läßt sich sagen, daß die Beschäftigung mit Akzeptanzfragen sich zunächst außerhalb des vorherrschenden Mainstreams an den Hochschulen entwickelte. An den Universitäten dagegen hatte die Beschäftigung mit Akzeptanzfragen, wenn man so sagen will, zunächst mit eigenen Akzeptanzproblemen zu kämpfen. Hier dominierte eine offensichtlich thematische Vorliebe für Phänomene der Nichtakzeptanz, für Ablehnung und Protest; die konfliktsoziologische Ausrichtung der sich als kritisch definierenden Disziplin verhinderte eine allzu rasche Öffnung gegenüber der Akzeptanzthematik. Vielmehr waren es zunächst einmal außeruniversitäre, in der Regel kommerziell betriebene Meinungs- und Marktforschungsinstitute, die Fragen der Akzeptanz mit dem methodischen Instrumentarium der Umfrage- und Einstellungsforschung nachgingen. Das hatte zur Folge, daß die an den Universitäten sitzenden Meinungsführer des Faches sich noch deutlicher von der Thematik abgrenzten. Akzeptanzforschung ging der wenig schmeichelhafte Ruf voraus, primär Auftrags- und Verwendungsforschung zu sein, die unmittelbar an der Akzeptanzsteigerung interessiert sei und damit einem letztlich konservativem Interesse diene. Akzeptanz blieb in dieser Zeit, zumindest in der stärker theoretisch ausgerichteten Soziologie, ein unbeliebtes Phänomen.

Diese Ausgangssituation hat sich mittlerweile grundlegend gewandelt. Soziologische Akzeptanzforschung gilt als ein wichtiges und anerkanntes Forschungsfeld (vgl. Lucke 1995, 1996). Ausgehend von der Techniksoziologie, die sich schon relativ früh für Fragen der Zustimmung zu und Befürwortung von einer neuen Technologie interessierte, hat die soziologische Akzeptanzforschung mittlerweile die unterschiedlichsten Kontexte erobert. Mit Blick auf diese Situation dürfte es nicht übertrieben sein, heutzutage von einem geradezu „inflationären Gebrauch“ (Lucke 1996, S. 233) des Akzeptanzbegriffes zu sprechen. Sieht man genauer hin, so fällt freilich die wenig problemorientierte Verwendung des Begriffs auf. Zumeist wird der Akzeptanzbegriff nicht näher definiert, sondern schlicht als bekannt vorausgesetzt. Theoriegeleitete Beiträge, die sich um eine präzise Begriffsbestimmung bemühen, sind die Ausnahme geblieben. Vielmehr überwiegen empirisch orientierte Forschungsarbeiten, die sich bei der Ermittlung von Zustimmungs- und Nutzungsraten umstandslos der Akzeptanzterminologie bedienen. Grund für die fehlende soziologische Begriffsarbeit dürfte u.a. sein, daß Akzeptanz weithin als psychisches bzw. mentales Phänomen, nicht aber als sozialer Tatbestand begriffen wird. Konzeptionelle beziehungsweise definitorische Aufgaben werden entsprechend an die Psychologie oder Sozialpsychologie abgewiesen, die Akzeptanz in Einstellungskategorien beschreiben. Entsprechend begnügen sich die fachsoziologischen Arbeiten in der Regel damit, der Verbreitung entsprechender Einstellungsmuster oder aber den Korrelationen zwischen mentaler Akzeptanz und ‚harten‘ sozialstrukturellen Daten nachzugehen.

Die weiteren Ausführungen, die an einer detaillierten Bestimmung des Akzeptanzbegriffes interessiert sind, folgen der vorherrschenden Auffassung *nicht*. Akzeptanz wird im weiteren nicht als psychisches Phänomen, sondern als sozialer Sachverhalt, als soziale Tatsache im Sinne Durkheims begriffen. Mit Akzeptanz sind also keine subjektiven Einstellungen oder Auffassungsweisen, überhaupt keine mentalen Zustände gemeint - über die wir, strenggenommen, außer anhand von Unterstellungen bzw. Fiktionen, keine Aussagen treffen können, da wir keinen unmittelbaren, direkten Zugang zu fremden Bewußteinsvorstellungen besitzen. Akzeptanz wird vielmehr öffentlich zum Ausdruck gebracht, wird kommunikativ geäußert und besitzt daher von vornherein eine direkte soziale Sichtbarkeit. Kurz gesagt: Bei Akzeptanz geht es nicht um ein innerpsychisches, sondern um ein kommunikatives Sinngeschehen, das sich - etwa in mündlichen oder schriftlichen Texten - verobjektiviert. Dementsprechend gelten die Bestimmungen des Akzeptanzbegriffs und die Analyse der konkreten Akzeptanzmechanismen als genuin soziologische Aufgabenbereiche.

Die Unterscheidung zwischen kommunikativem und psychischem Sinngeschehen, mit der sich die Ausführungen einem Begriff sozialer Akzeptanz annähern, erinnert nicht von ungefähr an die systemtheoretische Unterscheidung zwischen sozialen und psychischen Systemen. Gerade die Theorie sozialer Systeme von Niklas Luhmann (1984) bietet m.E. eine Reihe von Ansatzpunkten, an denen eine am Akzeptanzbegriff interessierte Studie unmittelbar anknüpfen kann. Im weiteren wird es deshalb darum gehen, die relevanten, z.T. verstreuten Ausführungen der Theorie sozialer Systeme zusammenzutragen, zu systematisieren und in Richtung der hier im Mittelpunkt stehenden Thematik weiter auszubauen.

Hält man sich an die systemtheoretische Unterscheidung von Kommunikation und Bewußtsein, so läßt sich in einer ersten Annäherung Akzeptanz als Kommunikationskomponente, also als Bestandteil des kommunikativen Geschehens bestimmen (vgl. Luhmann 1984, S. 203ff.). Was immer im Bewußtsein der an Kommunikation beteiligten Akteure auch vor sich gehen mag, von Akzeptanz läßt sich dann sprechen, wenn die *Annahme* einer Kommunikation *kommuniziert* wird. Für den hier verwendeten Akzeptanzbegriff sind zwei Eigenschaften des kommunikativen Geschehens von besonderer Bedeutung. Gemeint sind die *Rekursivität* und die *binäre Codierung* der (sprachlichen) Kommunikation. Kommunikation erfolgt typischerweise im Vorgriff und Rückgriff auf andere Operationen. Jede Einzelkommunikation ist somit in einen Zusammenhang vorhergehender und nachfolgender Kommunikationen rekursiv eingebettet. Dabei wird jede (Nachfolge-)Kommunikation mit der Frage konfrontiert, ob sie die vorhergehende Kommunikation annimmt, also akzeptiert oder aber ablehnt (bzw. sich vorläufig neutral zu der angebotenen Sinnofferte enthält). Insofern konstituiert jede Kommunikation eine soziale Situation, die kommunikative Anschlußakte erwartbar macht; damit wird zugleich die Möglichkeit eröffnet, der Kommunikation entweder zuzustimmen oder sie abzulehnen. Die Anschlußkommunikation hat stets eine Auswahl vorzunehmen, von ihr wird stets eine Selektionsentscheidung bezüglich der Differenz von Akzeptanz und Ablehnung verlangt. Das Gesagte hängt unmittelbar mit der Ja/Nein-Codierung der Sprache zusammen (vgl. Luhmann 1997, S. 226ff.). Sprache stellt die Möglichkeit der Negation bereit. Jeder Satz kann negiert, verneint werden. Kommunikationstheoretisch folgt daraus, daß – dank der Codierung der Sprache – die prinzipielle Möglichkeit existiert, jede Kommunikation abzulehnen, wobei die Ablehnung eben die Negativfassung realisiert.

Mit jeder (Nachfolge-)Kommunikation wird, wie gesehen, über die Akzeptanz oder die Ablehnung des zuvor mitgeteilten Sinnangebots entschieden. Mit Akzeptanz ist also kein zeitloses Phänomen, keine Stimmung, die sich über einen ungewissen (längeren) Zeitraum hinzieht, gemeint. Vielmehr wird die Zustimmung mit einer aktuellen Operation zum Ausdruck gebracht, erfolgt also stets systemrelativ und ist strikt an den jeweiligen Zeitpunkt und Kontext gebunden. Nicht ausgeschlossen ist damit, daß die Akzeptanz zu einem späteren Zeitpunkt erneuert oder aber zurückgenommen und in eine Ablehnung transformiert wird. Entscheidend ist, daß die Akzeptanz (oder Ablehnung) operativ realisiert wird, also in eine je gegenwärtige Kommunikation einfließt. Dabei ist es nicht zwingend notwendig, daß die Zustimmung explizit mit dem Wort „Ja“ beginnt. Die Sprache stellt eine Vielzahl von Möglichkeiten bereit, Zustimmung (oder Ablehnung) zu der vorhergehenden Kommunikation zu signalisieren. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß aus der gewählten Formulierung nicht eindeutig hervorgeht, ob die vorhergehende Kommunikation nun angenommen oder abgelehnt wird. In diesem Fall besteht die Möglichkeit, die Selektionsentscheidung zum expliziten Kommunikationsthema zu machen. Begreift man Kommunikation als autopoietisches Geschehen, so gilt, daß im Kommunikationsprozeß selbst souverän darüber entschieden wird, ob überhaupt Klärungsbedarf hinsichtlich der Frage Annahme oder Ablehnung existiert, wie ausführlich klärende Zwischenkommunikation zugelassen und wann zum ursprünglichen bzw. zu einem neuen Kommunikationsthema gewechselt wird.

An die kommunikationstheoretische Ausrichtung des Begriffsvorschlags ist eine Einschränkung und zugleich Ausweitung des Akzeptanzbegriffs geknüpft. Mit Akzeptanz ist ausschließlich die Annahme von Kommunikation gemeint, nicht aber, zumindest nicht unmittelbar, die Akzeptanz von Autos, Bäumen oder Menschen. Das zunächst Ausgeschlossene wird mittels systemeigener Operationen dann aber doch noch hereingeholt. Kommunikation bezieht sich nicht nur auf sich selbst (Selbstreferenz), sondern sie kann letztlich *über* alles kommunizieren (Fremdreferenz). Insofern ist Geschlossenheit nicht Gegensatz, sondern Bedingung von Offenheit (vgl. Luhmann 1984, S. 606). Jede Systemoperation hat die Differenz von Selbstverweisung und Fremdverweisung zu handhaben und dies gilt eben auch für die vierte Selektionskomponente, also die Unterscheidung zwischen Annahme und Ablehnung. An die Annahme einer Kommunikation (Selbstreferenz) ist zugleich die Akzeptanz einer Aussage über etwas geknüpft (Fremdreferenz); bei der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung einer Kommunikation geht es zugleich darum, etwa den Kaufvorschlag eines Autos, einen Aufruf von Naturschützern zur Rettung der Bäume oder die beantragte Aufnahme eines neuen Organisationsmitglieds zu akzeptieren oder eben abzulehnen.

Die Annahme oder Akzeptanz einer Kommunikation ist nicht mit der Erzielung eines Konsenses gleichzusetzen. Umgekehrt sollte die Ablehnung einer Kommunikation auch nicht mit Dissens oder einem Konflikt verwechselt werden (vgl. Würtenberger 1991, S. 258). Von Konsens läßt sich sprechen, wenn die Einigung bzw. das Einverständnis kommunikativ bestätigt wird. Im Anschluß an die Annahme einer Kommunikation ist dafür zumindest eine zusätzliche Folgekommunikation notwendig, die die (konsensuelle) Einigung bekräftigt. Damit sich Kommunikation zu einem Dissens bzw. einem Konflikt verdichtet, ist ebenso eine doppelte Ablehnung erforderlich (vgl. Schneider 1994, S. 199ff.). An jede (Nachfolge-)Kommunikation ist zugleich eine Entscheidung geknüpft, ob die vorhergehende Kommunikation angenommen oder abgelehnt wird; aber es bedarf (zumindest) einer weiteren Anschlußkommunikation für die kommunikative Bestätigung einer Übereinstimmung oder eines Widerspruchs. Kurz gesagt: Mit jeder Nachfolgekommunikation fällt eine Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der vorhergehenden Kommunikation, aber frühestens an der dritten Sequenzposition kann die Annahme in einen Konsens bzw. die Ablehnung zu einen Dissens münden. Wenngleich also Annahme und Konsens bzw. Ablehnung und Dissens nicht einfach gleichgesetzt werden dürfen, so wird im Alltag doch nicht immer sorgfältig zwischen ihnen unterschieden. Die Akzeptanz einer Kommunikation wird etwa von den Nachfolgekommunikationen als konsensuelle Bestätigung behandelt, obwohl es sich nicht um eine wechselseitige Zustimmung handelt. Akzeptanz fungiert dabei als Konsensunterstellung bzw. Konsensfiktion, verleugnet zugleich aber den konstruktiven Anteil bei der Konsensherstellung.

Aus dem Gesagten ergeben sich unmittelbar *methodologische* und *methodische* Konsequenzen für eine empirische Akzeptanzermittlung. Akzeptanzforschung verwendet üblicherweise das methodische Instrumentarium der Umfrageforschung, das nach *subjektiven Einstellungen* fragt. Einstellungen gelten dabei als relativ situationsunabhängige Phänomene, die mit Fragen wie „Würden Sie der Aussage x zustimmen?“ oder „Würden Sie eher die Aussage a oder die Aussage b akzeptieren?“ erfragt werden können. Eine solche Vorgehensweise be-

kommt es nicht nur mit dem Problem der Antwortautomatismen bzw. Antwortstereotypen zu tun, sie übersieht auch, daß sie streng genommen, allein die *Akzeptanzbereitschaft* ermittelt, nicht aber die tatsächliche, *faktische Akzeptanz* einer Kommunikation, Sachlage oder technologischen Innovation, *da Zustimmung an (kommunikativ strukturierte) Kontexte gebunden ist und nicht von einem Kontext (künstliche Interviewsituation) auf einen anderen Kontext (soziale Realität, die im Interview angesprochen wird) einfach übertragen werden kann*. Geht man dagegen von dem zuvor explizierten Akzeptanzbegriff aus, dann ergibt sich eine davon abweichende methodische Aufgabe. Verlangt wird die Ermittlung, Beobachtung und Analyse kommunikativ geäußelter Zustimmung in jeweils spezifischen soziokulturellen Kontexten. Statt mittels des Interviews eine künstliche Situation herbeizuführen, in der dann Einstellungsbekundungen ermittelt werden, hat die Akzeptanzforschung kontextuiertes Sozialgeschehen auf die faktische Annahme (bzw. Ablehnung) von Kommunikationen hin zu beobachten. Dabei ist nicht nur einfach an eine quantitative Zählung der Ja-Stimmen bzw. Zustimmungen zu denken. Vielmehr gehört dazu eine rekonstruktive Sinnanalyse mit Hilfe von qualitativen Methoden, die den sozialen Konstruktions- und Begründungsformen kommunikativer Zustimmung nachgeht. Als Methode dürfte sich dabei in erster Linie das sequenzanalytische Verfahren der objektiven Hermeneutik anbieten, das auf den systemtheoretischen Kommunikations- und Akzeptanzbegriff hin zugeschnitten ist (vgl. Schneider 1995).

3 Normativer versus nicht-normativer Akzeptanzbegriff

Der kurze Rekurs auf die Geschichte der soziologischen Akzeptanzforschung, der den vorhergehenden Abschnitt eingeleitet hat, ist noch in einer anderen Hinsicht lehrreich. Die anfängliche Ablehnung von bzw. Reserviertheit gegenüber einer Erforschung sozialer Akzeptanz begründet sich häufig mit der Annahme, daß Akzeptanzforschung zumeist Auftragsarbeit sei, die auf eine Ausweitung oder Stärkung von Zustimmung, Bejahung, Unterstützung etc. abziele. Unterstellt wird damit ein *normativer* Akzeptanzbegriff, der die Annahme einer Kommunikation höher bewertet als deren Ablehnung. Die nachträgliche (und gegenwärtige) Ausweitung der Akzeptanzforschung hat an diesem Vorurteil zumeist wenig geändert. Akzeptanzforschung gilt weithin als wissenschaftliche Methode der Akzeptanzbeschaffung. Zugrunde gelegt wird dabei ein emphatischer, normativer Akzeptanzbegriff, der Akzeptanz stärker honoriert als Ablehnung.

Im Gegensatz zu einer solchen Vorstellung sind die weiteren Überlegungen an der Explikation eines *nicht-normativen* Akzeptanzbegriffs interessiert. Ein solcher behandelt Annahme und Ablehnung von Kommunikation als gleichberechtigte Phänomene. Akzeptanz wird nicht präferiert, wird für das Zustandekommen von sozialer Ordnung also nicht wichtiger, aber eben auch nicht unwichtiger eingeschätzt als Ablehnung. Entscheidend für die Reproduktion sozialer Systeme ist die Fortsetzung der Autopoiesis, ist die fortlaufende Erzeugung von Anschlußkommunikationen – und dies zunächst einmal unabhängig davon, ob die einzelnen Anschlußkommunikationen Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken. Die Codierung der Sprache eröffnet stets eine Ja-Fassung *und* eine Nein-Fassung, aber sie bevorzugt keine der beiden

Möglichkeiten. Ebenso wenig präferiert der Sprachcode eine Akzeptanz der Kommunikation gegenüber einer Ablehnung. Das schon deshalb nicht, weil die Ablehnung einer Kommunikation den gleichen Sinngehalt besitzt wie die Akzeptanz der Negativfassung der Kommunikation. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß soziale Konditionierungen Kommunikationsablehnungen erschweren und Kommunikationsangebote daher häufig in eine Form gebracht werden, die eine Zustimmung erwarten läßt. Sinnlogisch existiert jedoch kein Unterschied zwischen einer Kommunikationsablehnung und der Zustimmung zum negierten Kommunikationsangebot, zumindest dann nicht, wenn die Positiv-Fassung und die Negativ-Fassung einer Kommunikation – bis auf die Negationskomponente – vollständig sinnidentisch gehalten werden.

Ausgehend von der Ja/Nein-Codierung der Sprache gelangt man zu einem Akzeptanzbegriff, der Zustimmung nicht höher bewertet als Ablehnung. Beides, sowohl die Annahme einer kommunizierten Sinnselektion wie deren Ablehnung, dient der Weiterführung der Kommunikation; Akzeptanz und Ablehnung stellen somit zwei funktional äquivalente Lösungen des Problems der Fortsetzung der Autopoiesis sozialer Systeme dar. Ferner meint ein nicht-normativer Akzeptanzbegriff, daß es nicht Ziel der Theorie ist, Akzeptanz zu verbessern, also die Zustimmung zu bestimmten Kommunikationsinhalten zu erhöhen. Insofern geht Akzeptanzforschung auch nicht mit einem systemstabilisierenden oder reaktionären Interesse einher. Vielmehr ist es Aufgabe von Akzeptanzforschung, eine Deskription und Analyse der Mechanismen vorzunehmen, mit denen Zustimmung erzeugt wird - und dies unabhängig davon, ob es sich dabei um die Akzeptanz von linken oder rechten Parolen, frauenfeindlichen oder feministischen Aussagen, positiven oder negativen Werturteilen, konservativen oder revolutionären Programmen handelt.

Wiederum sind kurz die methodologischen und methodischen Konsequenzen zu diskutieren. Die sequenzanalytische Beschreibung des autopoietischen Kommunikationsgeschehens hat sich jeder wertenden Stellungnahme bezüglich sozialer Akzeptanzkonstruktionen zu enthalten. Insbesondere kann es nicht darum gehen, Akzeptanz höher als Ablehnung oder umgekehrt Protest höher als Konformität zu gewichten. Die qualitativ ansetzende Analyse zustimmender Kommunikation hat sich, anders formuliert, streng an die Perspektive eines *Beobachters zweiter Ordnung* zu halten. Ein Beobachter zweiter Ordnung beobachtet einen anderen Beobachter daraufhin, wie dieser Zustimmungen oder Ablehnungen formuliert. Während der beobachtete Beobachter, also der Beobachter erster Ordnung, in der Regel seine Zustimmungen bzw. Ablehnungen wertend vorträgt, also normativ verstärkt oder abschwächt, nimmt der Beobachter zweiter Ordnung eine neutrale Haltung ein. Er untersucht im Rahmen der sequenzanalytischen Beschreibung des kommunikativen Geschehens die Werthaltungen des Beobachters erster Ordnung, ohne diese selbst wiederum in Richtung besser/schlechter zu bewerten.

4 Medien versus Verfahren als akzeptanzsteigernde Institutionen

Ein nicht-normativer Akzeptanzbegriff behandelt Annahme und Ablehnung einer Kommunikation als gleichwertige Phänomene. Mit diesem „neutralen“ Akzeptanzbegriff ist selbstverständlich nichts darüber ausgesagt, ob und inwieweit in sozialen Systemen Akzeptanz dann nicht doch höher bewertet wird als Ablehnung. Vor allem ist nichts über die empirische Verteilung von Akzeptanz und Ablehnung ausgesagt. Zwar muß betont werden, daß sowohl Annahme wie Ablehnung ubiquitäre Phänomene sind, also jederzeit und überall vorkommen (können). Vieles spricht jedoch dafür, daß die Ablehnungschancen im Laufe der sozialen Evolution beträchtlich gestiegen sind (vgl. Luhmann 1988, S. 6). Vor allem die Erfindung der Schrift dürfte hierzu beigetragen haben. Denn sobald die Kommunikation über den Kreis der unmittelbar Anwesenden hinausgeht, schwinden soziale Zwänge, das Gesagte zu akzeptieren und Ablehnung zu unterdrücken; die mit der Ausweitung der Kommunikationsräume verknüpfte Auflösung lebensweltlich-gemeinsamer Weltbilder und Auffassungsmuster dürfte den Trend zunehmender Ablehnungschancen verstärkt haben. Damit geht freilich ein spezifischer Entmutigungseffekt der Kommunikation einher. Warum sollte Kommunikation überhaupt noch realisiert werden, wenn doch eine Ablehnung wahrscheinlich ist bzw. immer wahrscheinlicher wird? Die Gesellschaft bedarf deshalb, will sie denn ein bestimmtes Komplexitätsniveau erreichen bzw. reproduzieren, spezieller Zusatzeinrichtungen, die Kommunikation ermutigen, indem sie die Akzeptanzchancen erhöhen. Im weiteren unterscheidet sich zwei institutionelle Grundformen der Akzeptanzsteigerung, nämlich (symbolisch generalisierte) *Medien* und *Verfahren*.

Medien erleichtern bzw. erweitern Kommunikationsmöglichkeiten, setzen also unmittelbar am Problem der Unwahrscheinlichkeit der Kommunikation an. Verbreitungsmedien wie etwa Zeitungen, Radio und Fernsehen erweitern den Kreis der (potentiellen) Kommunikationsempfänger. Bei symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien handelt es sich nicht um Verbreitungsmedien, sondern um *Erfolgsmedien* (vgl. Luhmann 1997, S. 202f.). Erfolgsmedien erhöhen die Erwartbarkeit der Kommunikationsakzeptanz, transformieren Ablehnungswahrscheinlichkeiten in Annahmewahrscheinlichkeiten. Am einfachsten läßt sich die Funktionsweise der Erfolgsmedien am Beispiel des Geldmediums illustrieren. Die Wahrscheinlichkeit, daß dem (kommunikativ vorgetragenen) Wunsch, eine bestimmte Ware oder Dienstleistung zu erhalten, zugestimmt wird, dürfte zunächst einmal äußerst gering sein; mittels einer Geldzahlung wird das zunächst wenig Wahrscheinliche dann doch möglich gemacht. Wer zahlt, bekommt (in der Regel) das, was er haben möchte, wer nicht zahlen kann, bekommt es nicht. Geld stattet die Kommunikation mit erhöhten Akzeptanzchancen aus, steigert die Erwartbarkeit einer positiven Annahme in beträchtlichem Maße. Zugleich werden damit neue Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen, ermutigt und gesteigert; eine Vielzahl wirtschaftlicher Transaktionen würde überhaupt nicht zustande kommen, wenn es nicht das Geldmedium gäbe. Das moderne, hochkomplexe Wirtschaftssystem jedenfalls setzt die Existenz des Geldmediums als notwendige Bedingung voraus.

Neben Geld lassen sich mit Macht, Wahrheit und Liebe drei weitere Kommunikationsmedien benennen (vgl. Luhmann 1997, S. 316ff.). Etwas ausführlicher möchte ich noch auf das Machtmedium eingehen, da im Rahmen der hier im Mittelpunkt stehenden Thematik machtvormittelte Kommunikationen von besonderer Bedeutung sind. Das Machtmedium übernimmt im Rahmen politischer Prozesse, also bei der Herstellung und Durchführung kollektiv bindender Entscheidungen, eine zentrale Funktion. Untersuchungen zum Flußeinzugsgebietsmanagement, überhaupt Untersuchungen zu umweltpolitischen Entscheidungen sind auf Analysen des Machtgeschehens angewiesen, da Macht das wichtigste Medium zur Durchsetzung folgenreichen politischer Entscheidungen darstellt.

Macht steigert, wie alle symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien, die Annahmehancen zunächst wenig attraktiver Kommunikationen. Die spezifische Funktion des Machtmediums liegt darin, die Akzeptanz von *Handlungsaufforderungen* wenn nicht sicherzustellen, so doch in einem gewissen Rahmen erwartbar zu machen. Bei Handlungsaufforderungen, man denke etwa an Befehle, Imperative oder Anweisungen, ist die Akzeptanz bzw. Befolgung keineswegs gesichert, in vielen Fällen zunächst sogar hochunwahrscheinlich. Durch den Einsatz von Macht wird die Zustimmungschance erhöht, der Kommunikationserfolg also wahrscheinlicher. Dies geschieht dadurch, daß an die Nichtbefolgung bestimmte negative Sanktionen geknüpft werden. Für den Fall der Ablehnung der Kommunikation wird mit der Realisierung bestimmter, für den Kommunikationsadressaten wenig attraktiver Möglichkeiten gedroht. Macht nimmt, kurz gesagt, eine konditionale Verknüpfung von Handlungsaufforderungen und der Androhung von Vermeidungsalternativen vor: „Wenn a nicht akzeptiert bzw. befolgt wird, wird b realisiert“ - wobei unterstellt wird, daß für den Kommunikationsadressaten die Akzeptanz von a günstiger erscheint als die Realisierung von b.

Bei den Vermeidungsalternativen muß es sich nicht unbedingt um die Anwendung physischer Gewalt handeln. Ebenso kann für den Fall der Annahmeverweigerung mit Liebesentzug oder dem Arbeitsplatzverlust gedroht werden. Die Unbestimmtheit möglicher Vermeidungsalternativen erklärt die Formbarkeit und Plastizität des Machtmediums. Aus diesem Grunde läßt sich der Einsatz von Macht auch in den unterschiedlichsten Zusammenhängen, in Liebesbeziehungen, Familien, Schulklassen, Betrieben usw. beobachten. Im Vergleich zu anderen Vermeidungsalternativen verfügt physische Gewalt jedoch über spezifische Vorteile: Die Möglichkeit der Gewaltanwendung läßt sich nicht nur relativ einfach organisieren und zentralisieren, sondern auch eindrucksvoll darstellen; zudem kann physische Gewalt im Gegensatz zu anderen Vermeidungsalternativen fast universell, d.h. zur Deckung mehr oder weniger beliebiger Ziele verwendet werden. Diese Vorteile erklären, daß *politische Macht* in erster Linie auf physische Gewalt zurückgreift. Charakteristisches Merkmal des modernen (Territorial-)Staates ist nicht von ungefähr die Durchsetzung des Monopols physischer Gewaltanwendung. Daran ist nicht geknüpft, daß der Staat jederzeit Gewaltmittel, etwa durch Polizei oder Militär, zum Einsatz bringt. Staatliche Macht wird durch physische Gewalt gedeckt, d.h. der Staat benutzt physische Gewalt als (letztes) Drohmittel, ohne daß es stets zur Verwirklichung dieser Vermeidungsalternative kommt. Im Falle der unmittelbaren Gewaltanwendung liegt, streng genommen, überhaupt keine medienvermittelte Kommunikation mehr

vor. Von Macht als Erfolgsmedium läßt sich nur sprechen, solange der Einsatz von physischer Gewalt angedroht, nicht aber faktisch realisiert wird. Der tatsächliche Einsatz der Vermeidungsalternative folgt bereits nicht mehr der Struktur der medienvermittelten Kommunikation – (gewaltfundierte) Macht geht in (reine) Gewaltanwendung über.

Staatliche Macht droht für den Fall der Akzeptanzverweigerung mit Sanktionen, ohne ständig von physischer Gewaltanwendung Gebrauch zu machen. Zudem erfolgt auch die Androhung der Realisierung der Vermeidungsalternativen häufig nur indirekt. Es ist z.B. nicht notwendig, daß staatliche Handlungsaufforderungen stets von bewaffneten Polizisten überbracht und durchgesetzt werden. Zumeist genügt ein Hinweis darauf, wie staatliche Anweisungen gegebenenfalls erzwungen werden können. In der Regel geschieht dies durch die rechtliche Überformung staatlicher Weisungen. Für den Fall der Nichtbefolgung greifen bestimmte rechtliche Regulierungen, die ihrerseits dann mit den Mitteln physischer Gewalt durchgesetzt werden können. Insofern verweisen staatliche Macht und Rechtsformen wechselseitig aufeinander: Staatliche Macht streift sich ein Set rechtlicher Handlungsformen über und rechtliche Regulierungen sind umgekehrt durch die staatliche Kontrolle physischer Gewalt abgesichert.

Dem Gesagten zufolge ist Macht, wie indirekt auch immer, stets Drohmacht, stets an die (direkte oder indirekte) Androhung der Realisierung von Vermeidungsalternativen gebunden. Eine derartige Auffassung sieht sich dem – zumeist mit Hinweis auf Weber vorgebrachten – Einwand ausgesetzt, daß Macht, die sich allein auf physische Gewalt, Zwang und Unterdrückung stützt, nicht dauerhaft institutionalisiert werden könne. Für die fortlaufende Reproduktion sei vielmehr notwendig, daß die Machtunterworfenen dem Machtanspruch aufgrund von innerer Einsicht Folge leisten, sei notwendig, daß Macht zur *legitimen* Macht werde. Der Einwand trifft freilich nicht den Kern des zuvor Gesagten. Begreift man in der angegebenen Weise Macht als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium, so wird damit gerade *keine* Aussage darüber getroffen, warum im jeweiligen Einzelfall eine Zustimmung zur Handlungsaufforderung erfolgt. Es wird also nicht ausgeschlossen, daß der Handlungsanweisung aufgrund der (Überzeugung in die) Legitimität der Entscheidung gefolgt wird, ebenso wenig wird ausgeschlossen, daß dies aufgrund der Gewaltandrohung geschieht. Der Begriffsvorschlag hält die Antwort auf die Frage nach den Annahmegründen offen. Behauptet wird, daß die *Annahmewahrscheinlichkeit* zunimmt, sobald ein Imperativ, eine Aufforderung oder Anweisung medial verstärkt, also mit dem Hinweis auf die Realisierung einer Vermeidungsalternative im Falle der Ablehnung versehen wird. Der Bescheid des Finanzamtes an den Einkommensempfänger, eine Steuernachzahlung vorzunehmen, mag auch aus Einsicht befolgt werden; offensichtlich ist die Administration aber gut beraten, die Annahmehancen mittels des Machtmediums zu erhöhen, also für den Fall der Nichtbefolgung bestimmte Rechtsfolgen vorzusehen, die gegebenenfalls erzwungen werden können.

Kommunikationsmedien wie Macht oder Geld erhöhen die Annahmewahrscheinlichkeit einer Kommunikation, aber sie stellen *keine* Akzeptanzgarantie dar. Auch medienvermittelte Kommunikation kann abgelehnt werden. Bereits sprichwörtlich ist die Erkenntnis, daß man mit Geld nicht alles kaufen kann, daß also geldvermittelte Angebote auch negiert werden kön-

nen. Nicht anders verhält es sich beim Machtmedium. Die Nicht-Akzeptanz bzw. Ablehnung einer Machtkommunikation ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen. In diesem Fall sind mehrere mögliche Anschlüsse denkbar. Die (medial verstärkte) Handlungsaufforderung kann fallengelassen, also von den Nachfolgekommunikationen nicht wieder aufgegriffen werden, sie kann aber auch erneuert und mittels einer Veränderung bzw. Drohmittel bekräftigt werden und schließlich kann, wie gesehen, die Machtkommunikation durch die Realisierung der Vermeidungsalternative etwa in eine gewalttätige Auseinandersetzung transformiert werden. Sobald und solange das Kommunikationsmedium Macht zur Anwendung gelangt, erhöhen sich die Annahmehancen der Kommunikation, ohne daß Macht Akzeptanz garantieren könnte.

Die vorstehenden Bemerkungen bezogen sich ausschließlich auf symbolisch generalisierte Medien als soziale Einrichtungen der Erhöhung der Annahmewahrscheinlichkeit. Davon zu unterscheiden sind *Verfahren* als zweite Form der Akzeptanzsteigerung. Unter Verfahren werden hier institutionelle Arrangements, insbesondere diskursive Verhandlungsgremien verstanden, in denen die Entscheidungsbetroffenen unmittelbar an der Entscheidung beteiligt werden. Politische Wahlen lassen sich als ein Beispiel für ein politische Verfahren anführen. Davon lassen sich „modernere“ Formen der diskursiven, interaktiven Beteiligung der Entscheidungsbetroffenen unterscheiden. Insbesondere im Bereich der Umweltpolitik spielen diskursive oder kooperative Verfahren eine wichtige Rolle. Politik- und Rechtswissenschaftler zählen nicht von ungefähr das Kooperationsprinzip zu den tragenden Säulen des Umweltschutzes in Deutschland (vgl. Rengeling 1988; Grüter 1990). Als Beispiel für die Institutionalisierung diskursiver Verfahren kann etwa die im Bundesimmissionsschutzgesetz vorgesehene *organisierte Anhörung der beteiligten Kreise* angeführt werden. Ferner lassen sich die im Naturschutzrecht verankerte Beteiligung der (anerkannten) Naturschutzverbände, überhaupt die im allgemeinen Verwaltungsrecht formulierten Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten nennen. Darüber hinaus ist auf (privatrechtlich organisierte) *Ausschüsse zur technischen Regelung* zu verweisen, deren Regelwerke von der staatlichen Verwaltung – zwecks Verfahrensvereinfachung und Vereinheitlichung – zumeist übernommen bzw. anerkannt werden. Schließlich lassen sich auch alle Formen (formeller und informeller) Absprachen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen, insbesondere wirtschaftlichen Akteuren hinzu rechnen.

Verfahren als institutionalisierte Formen der Entscheidungsbeteiligung der Entscheidungsbetroffenen können, wie vielfach notiert worden ist, die Akzeptanz bzw. Annahmewahrscheinlichkeit von kollektiv bindenden Entscheidungen erhöhen. Dies gelingt Verfahren durch eine (mehr oder weniger weitgehende) Partizipation. Dadurch, daß die Entscheidungsbetroffenen die Entscheidung direkt oder indirekt beeinflussen, also ihre Forderungen, Vorschläge und Wünsche einbringen können, sind sie häufig auch eher bereit, dem endgültigen Entscheidungsergebnis zuzustimmen. Im Falle von diskursiven Verfahren meint Partizipation nicht allein Entscheidungsbeteiligung, sondern zugleich Berücksichtigung einer Mehrzahl von Interpretationen des Entscheidungsproblems. Partizipation kann Lernprozesse in Richtung einer intersubjektiven Problemfassung, ja, in Richtung einer konsensuellen Lösung des Entschei-

dungsproblems auslösen (vgl. Vollmer 1997). Die Ausdifferenzierung und (relative) Autonomie institutionalisierter Verfahren stellt dabei eine Voraussetzung der Akzeptanzerzeugung dar. Zur Erhöhung der Annahmewahrscheinlichkeit einer Entscheidung tragen Verfahren vor allem durch die sukzessive Kondensation einer Entscheidung bei (vgl. Luhmann 1969, S. 27ff.). Verfahren entwickeln eine eigene Verfahrensgeschichte, wobei jede Äußerung oder Aktivität einen Beitrag zum endgültigen Verfahrensergebnis leistet. Das Verfahrensergebnis ist am Ende das scheinbar logische Resultat vieler Teilentscheidungen und damit Produkt der Handlungen aller Beteiligten. „Die Kunst der Verfahrensführung besteht darin, schlicht solange mit einer Entscheidung zu warten, bis genügend Festlegungen erfolgt sind, um eine Entscheidung als logische Konsequenz erscheinen zu lassen.“ (Vollmer 1996, 150)

Partizipation darf allerdings nicht mit Akzeptanz gleichgesetzt werden. Partizipation meint Beteiligung an Entscheidungsverfahren, Akzeptanz dagegen Zustimmung zu Entscheidungsergebnissen. Partizipation kann Akzeptanz befördern oder auslösen, kann aber auch das Gegenteil bewirken – die diskursive Berücksichtigung abweichender Meinungen und Auffassungen kann auch zu Verhärtung der Konfliktfronten führen. Ebenso wie Medien können somit auch Verfahren Akzeptanz nicht garantieren, sondern allenfalls befördern. Definiert man Verfahren als institutionalisierte Einrichtungen der Akzeptanzbeschaffung, so ist das Scheitern eines Verfahrens, also das Herbeiführen und Verdichten von Dissens, Streit und Konflikt, niemals auszuschließen. Vieles spricht dafür, daß die Wahrscheinlichkeit eines gelingenden Akzeptanzmanagements sich durch eine *faire* Ausgestaltung des Verfahrens erhöhen läßt.

Abschließend ist, wie bereits zuvor, auf einige methodologische und methodische Schlußfolgerungen hinzuweisen, die aus der Unterscheidung Medien/Verfahren resultieren. Eine Analyse des Akzeptanzgeschehens wird u.a. darauf zu achten haben, ob und welche akzeptanzfördernden Mechanismen zum Einsatz gebracht werden. Vor allem wird sie den Fragen nachzugehen haben, wie die Gewichtung zwischen den einzelnen Akzeptanzmechanismen ist und ob einzelne Akzeptanzmittel dominieren bzw. überhaupt nicht verwendet werden. Die medienanalytische Beschreibung, die sich für den Einsatz des Geld- und des Machtmediums interessiert, wird dabei weitgehend (bekannten) instrumententheoretischen Überlegungen folgen können. Beschreibungen der diskursiven Verfahren sind wiederum auf eine sequenzanalytische Vorgehensweise angewiesen, die die unterschiedlichen Formen einer sukzessiven Kondensation bzw. Verdichtung des Entscheidungsgeschehens analysiert.

5 Ausblick

Die wissenschaftliche Forschung zum Flußeinzugsgebietsmanagement wird gegenwärtig von naturwissenschaftlichen und (umwelt-)ökonomischen Arbeiten geprägt. Ohne die Erkenntnisse dieser Forschungsbeiträge schmälern zu wollen, bleiben doch aufgrund des disziplinspezifischen Zugriffs Fragen der Akzeptanz und der Partizipation bislang weitgehend unbearbeitet. Im Rahmen der Programmvorbereitung, Programmformulierung und Implementation politischer Programme zum Schutz des Wassers und der Flüsse kommt diesen Fragen jedoch eine weitreichende Bedeutung zu (vgl. auch den Beitrag von Kabisch/Linke in diesem Bericht).

Um hier zu klareren Aussagen zu gelangen, gilt es in einem ersten Schritt, konzeptionelle Unklarheiten bzw. Unschärfen des Akzeptanz- und des Partizipationsbegriffs zu beseitigen und methodologisch-methodische Schritte für eine analytische Bestimmung faktischen Akzeptanzverhaltens zu erarbeiten. Der vorliegende Beitrag hofft, hierzu einige Überlegungen beitragen zu können. Damit ist der Forschungsbedarf zur genannten Thematik freilich noch nicht gedeckt. Im einem nächsten Schritt wäre das Gesagte auf bestimmte Anwendungsfelder zu übertragen und zu konkretisieren. Forschungspraktisch von besonderer Bedeutung sind dabei Analysen zur Umsetzung der *Wasserrahmenrichtlinie* (Rat der Europäischen Union 1999). Zu fragen wäre u.a. nach den Mechanismen und Managementformen, mit denen bei der Implementation der Richtlinie Akzeptanz befördert bzw. behindert wird, ferner danach, ob und inwieweit beim Vollzug der Richtlinie die vorgesehenen Informations- und Anhörungsmöglichkeiten der Öffentlichkeit (Artikel 17) faktisch auch realisiert werden. Weitergehende Analysen könnten in einem nächsten Schritt mit Hilfe vergleichender Untersuchungen *funktionale Äquivalente* der Akzeptanzherstellung und der Öffentlichkeitsbeteiligung aufzeigen, insbesondere Mechanismen eines umfassenden Akzeptanzmanagements und weitergehende, insbesondere diskursive Partizipationsmöglichkeiten.

Literatur

- Grüter, Manfred (1990): Umweltrecht und Kooperationsprinzip in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf
- Lucke, Doris (1995): Akzeptanz. Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft“. Opladen
- Lucke, Doris (1996): Legitimation durch Akzeptanz. Zur Subjektorientierung einer „systemischen“ Debatte. Zeitschrift für Rechtssoziologie 17, S. 221-248
- Luhmann, Niklas (1969): Legitimation durch Verfahren. Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas (1988): Macht. Stuttgart
- Luhmann, Niklas (1990): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Zwei Bände. Frankfurt/M.
- Rat der Europäischen Union (1999): Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik - gemeinsamer Standpunkt. Dokument 6404/99 ENV 68 PRO-COOP vom 2.3.99. Brüssel
- Rengeling, Hans-Werner (1988): Das Kooperationsprinzip im Umweltrecht. Köln u.a.
- Schneider, Wolfgang Ludwig (1994): Die Beobachtung von Kommunikation. Zur kommunikativen Konstruktion sozialen Handelns. Opladen
- Schneider, Wolfgang Ludwig (1995): Objektive Hermeneutik als Forschungsmethode der Systemtheorie. Soziale Systeme 1, S. 129-152
- Vollmer, Hendrik (1996): Akzeptanzbeschaffung: Verfahren und Verhandlungen. Zeitschrift für Soziologie 25, S. 147-164
- Vollmer, Hendrik (1997): Zur Akzeptanzorientierung des Verwaltungshandelns in Risikokonflikten. In: Hiller, Petra; Georg Krücken (Hg.): Risiko und Regulierung. Soziologische Beiträge zu Technikkontrolle und präventiver Umweltpolitik. Frankfurt/M., S. 11-38

**Flußeinzugsgebietsmanagement und Sozioökonomie:
Konfliktbewertung und Lösungsansätze**

Ergebnisse des Workshops
vom 1. und 2. Juli 1999
am UFZ-Umweltforschungszentrum
Leipzig-Halle GmbH

Helga Horsch¹, Frank Messner¹, Sigrun Kabisch¹, Michael Rode² (Hrsg.)

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

¹ Abteilung Ökologische Ökonomie und Umweltsoziologie

² Projektbereich Fluß- und Seenlandschaften